



Politische Sommerpause – kein Durchatmen für die DPoIG

Ende Juli 2023 beginnt die parlamentarische Sommerpause auf der politischen Bühne in Rheinland-Pfalz. 101 Abgeordnete gehen in die „Ferien“. Bis zum 13. September finden nun auch keine Ausschusssitzungen statt, die gewerkschaftliche und ehrenamtliche Arbeit in der DPoIG geht jedoch weiter.

Am 22. Juni hat Innenminister Michael Ebling eine Sonderzahlung für die Polizei angekündigt. Leider nicht als Bonus für die hervorragenden Arbeit, die ihr, werte Kolleginnen und Kollegen, tagtäglich ableistet, nein, sondern für die Verbesserung der Schutzausrüstung.

Bei genauer Betrachtung fällt dem geneigten Experten auf, dass es zu einem großen Teil zwangsläufige Folgeinvestitionen in bereits vorhandene Schutzausstattungen sind. Die DPoIG begrüßt ausdrücklich Investitionen in die Sachausstattung, vermisst aber die dringend notwendigen und „freiwilligen“ Investitionen in eine wertschätzende Besoldung, die nicht dem Druck höchstrichterlicher Urteile entspringen ist. Die aktuell ablehnende Haltung gegenüber den

Anpassungen und Neueinführungen von diversen Zulagen geht völlig an der Realität und im Vergleich mit den Polizeien von Bund und Ländern an den dortigen positiven Entwicklungen vorbei. Kinderpornografie, die Polizeizulage und deren Ruhegehaltsfähigkeit, Einsatzverpflegungssätze oder zügigere Beförderungen sind hier beispielhaft genannt.

Anfang März 2023 hat der Innenminister die größte Strukturreform innerhalb der Kriminalpolizei seit über zwei Jahrzehnten in Rheinland-Pfalz der Öffentlichkeit präsentiert. Das nun gestartete Umsetzungsprojekt Kribe 5.0 hat derzeit den höchsten Stellenwert in der Weiterentwicklung der rheinland-pfälzischen Polizei. In einem zeitlichen „Sprint-Marathon“ von einem halben Jahr sollen die ersten Eckpfeiler ste-

hen und bereits zum 1. Januar 2024 sollen Teile der „neuen“ Kriminalpolizei an ihre Arbeit gehen. Diese Veränderung unterstützt die DPoIG in ihrer sachlichen Notwendigkeit und pocht zugleich auf das Versprechen des Ministeriums, in diesem Fall keine stellenplanmäßigen Einsparungen vorzunehmen. Der Vergleich mit dem aktuell gescheiterten Heizungsgesetz soll nicht falsch verstanden werden, aber Qualität geht vor Schnelligkeit. Die Landesregierung ist im Interesse unserer Bürgerpolizei und deren Bürgerinnen und Bürger gut beraten, im Ernstfall praktischen Widrigkeiten zum Trotz wegen einer kommenden Landtagswahl dieses Projekt zeitlich gesehen zum Erfolg zu „verdammern“, den die Kolleginnen und Kollegen in den Dienststellen wieder ausbaden müssen.



Thomas Meyer

In Richtung Finanzministerium ergeht die Botschaft, der Arbeit der Polizei und der Fortentwicklung der inneren Sicherheit – hier das Projekt Kribe 5.0 – die notwendigen Finanzmittel zur Verfügung zu stellen. „Was nichts kostet, ist auch nichts wert.“ Dieses Zitat von Albert Einstein sollte auch dort angekommen sein.

Eine Sommerpause gibt es für gewerkschaftliche Arbeit faktisch nicht und an den oben genannten Themenfeldern wird deutlich, dass die Themen nicht ausbleiben und wir als DPoIG mit Engagement und Ausdauer am Ball bleiben.

Thomas Meyer,
Landesvorsitzender

Wechsel in der DPoIG-Landesleitung Florian Westrich geht – Oliver Blanz kommt

Der 1. Juli 2023 markiert einen Einschnitt sowohl in die Arbeit der DPoIG Rheinland-Pfalz als auch im höheren Dienst der rheinland-pfälzischen Polizei. Der Reihe nach. Mit seiner Entscheidung, die Polizei Rheinland-Pfalz zu verlassen, verlässt mit Florian Westrich ein wichtiger Teil des geschäftsführenden Vorstands

die DPoIG-Familie. „Es fällt uns nicht leicht, einen ausgewiesenen Experten und Dezernatsleiter im Landeskriminalamt ziehen zu lassen“, sagt der Landesvorsitzende Thomas Meyer. Soweit das weinende Auge. Das lachende Auge wünscht ihm und seiner Familie alles Gute auf dem weiteren beruflichen Weg



Florian Westrich

beim Lufthansa Konzern. „Lieber Florian, vielen Dank für die Jahre in der DPoIG. Wir werden dich vermissen. Als Mitglied der Landesleitung, als Polizeirat und als Freund.“ >

Impressum:

Redaktion:
Volker Maurer (v. i. S. d. P.)
Fürstehofenstraße 6
54329 Konz
Tel. 06501.99605
E-Mail: polizeispiegel@dpolg-rlp.de
Landesgeschäftsstelle:
Adam-Karrillon-Straße 62
55118 Mainz
Tel. 06131.234488
Fax 06131.225267
dpolg@t-online.de
ISSN 0937-4876



Wer mit seinem Handy diesen Code einscann, wird automatisch auf unsere Homepage geleitet.



Am Ende des Tages darf an dieser Stelle ein mahndendes Wort in Richtung Innenministerium nicht fehlen. Unsere Kolleginnen und Kollegen, unsere „Managerinnen und Manager“ im höheren Dienst stehen dauerhaft unter einem hohen Arbeitsdruck, der unter anderem dazu führt, dass es frühzeitig zu krankheitsbedingten Ausfällen kommt und in der Kündigung enden kann. So wie aktuell in weiteren Fällen innerhalb der rheinland-pfälzischen Poli-

zei geschehen. „Das darf so nicht bleiben und ich kann den Dienstherrn nur auffordern, hier massiv gegenzusteuern, äußert sich der Landeschef der DPoIG mehr als nur besorgt.

Zurück zum lachenden Auge. Eine Gewerkschaft lebt von ihren aktiven und engagierten Menschen und Mitgliedern. So einer ist der Oliver Blanz. Einer „uff dä Gass“. Einer der das Polizeiherz auf der Zunge trägt. „Wir sind froh, ihn in der Funkti-

on eines stellvertretenden Landesvorsitzenden gefunden zu haben. In einer Sitzung des Landesvorstands am 29. Juni 2023 wurde er in diesem Amt bestätigt. „Wechselschichtdienstler bei der PI Landau, Mitglied im GPR des PP Rheinland-Pfalz und kommunalpolitisch in der CDU Landau aktiv, ist er eine Bereicherung und wir wünschen ihm an dieser Stelle viel Erfolg in der gewerkschaftlichen Arbeit in der Landesleitung der DPoIG Rheinland-Pfalz.



► Oliver Blanz

Bericht aus dem Hauptpersonalrat

Der Hauptpersonalrat hat in seiner Sitzung am 4. Juli 2023 im Innenministerium in Mainz folgende Punkte behandelt:

- **ARBEITSGRUPPE DEIG II – Einführung einer neuen Generation Distanzelektroimpulsgeräte für die schutz- und kriminalpolizeilichen Einsatzkräfte im Regeldienst sowie für die Spezialeinheiten**

Der Auftrag der Arbeitsgruppe dient der Einführung einer neuen Gerätegeneration der Distanzelektroimpulsgeräte.

- **Fortbildungsprogramm des Bundeskriminalamtes 2023 (2. Halbjahr)**

Der HPR stimmte dem Fortbildungsprogramm zu.

- **Erlass des LF 621 RP – Ausstattung mit persönlich zugewiesenen Führungs- und Einsatzmitteln**

Zweck dieses Leitfadens ist die Sicherstellung einer landeseinheitlichen Grundlage zur Bedarfsdeckung mit persönlich zugewiesenen FEM der Grundausstattung bei der Polizei RP. Der HPR stimmte dem Leitfaden zu.

- **Bezirksdienst der Zukunft – Anpassung Arbeitsauftrag**

Die AG Kriminalitätsbekämpfung hat ihre Ergebnisse vorgelegt, auf deren Grundlage das Projekt Kriminalitätsbekämpfung der Zukunft derzeit die Vorbereitungen für eine sukzessive Umsetzung der zentralen Empfehlungen trifft. Aus diesem Grund wird der bestehende Auftrag angepasst, um dieser organisatorischen Neu-

strukturierung Rechnung zu tragen.

- **Schilderung Sachstand MOAP**

Der HPR ließ sich von Vertretern der ZPT den aktuellen Sachstand bei MOAP erklären. Da der Support von Apple für das iPhone 8 demnächst ausläuft, müssen diese ausgetauscht werden. Die circa 2 500 Geräte sind überwiegend an die Kolleginnen und Kollegen des WSD ausgegeben. Da nur begrenzte Mittel für die Beschaffung von Smartphones zur Verfügung stehen, wird sich die Ausstattung anderer Einheiten dadurch verzögern.

Die Log-in-App wird zurzeit aktualisiert, sodass man sich nur

noch einmal für die installierten Apps anmelden muss.

Eine Fahndungs-App (Polis) wird aktuell zusammen mit dem BKA entwickelt.

Die Möglichkeit einer vorgelagerten Fallbearbeitung in der SB-App soll kommen. Dadurch könnte man in dieser bei Großereignissen Kurzberichte erfassen.

- **Einführung der „Elektronischen Unfalltypensteckkarte“ (Euska) sowie diesbezügliche Ausbildungsmaßnahmen in Hessen**

Das Land möchte das Programm Euska beschaffen. Dieses soll die in die Jahre gekommenen Programme Gepolis-V und AVUS ersetzen. Der HPR stimmt der Beschaffung und den geplanten ersten Beschulungsmaßnahmen zu. ■

Neue ehrenamtliche Richterinnen aus der DPoIG

Die ehrenvolle Berufung in das ehrenamtliche Richteramt erhielten erneut zwei Mitglieder der DPoIG Rheinland-Pfalz.

Zur ehrenamtlichen Richterin und zum ehrenamtlichen Richter

beim Fachsenat für Personalvertretungssachen des Landes

beim Oberverwaltungsgericht in Koblenz, wurden die Kolle-

gin Noriko Nagy und der Kollege Olliver Vollmer berufen.

Die DPoIG gratuliert zur Berufung und wünscht viel Erfolg in diesem Ehrenamt. ■

Delegation des DPolG Rheinland-Pfalz, KV Koblenz zu Gast im Deutschen Bundestag und anschließende Teilnahme bei Fachtagung zum Thema „Polizeiliche Verkehrsunfallaufnahme und automatisierte Verkehrsüberwachung“

Vom 19. bis 20. Juni 2023 entsandte die DPolG Rheinland-Pfalz, KV Koblenz, insgesamt fünf Mitglieder anlässlich eines Empfangs durch Frau MdB Mechthild Heil (CDU), inklusive Führung durch den Deutschen Bundestag und der durch die Fachkommission Verkehrssicherheit am 20. Juni 2023 angebotenen Fachtagung zum Thema „Polizeiliche Verkehrsunfallaufnahme und automatisierte Verkehrsüberwachung“ nach Berlin.



© DPolG Rheinland-Pfalz

Am (sehr) frühen Morgen des 19. Juni 2023 trafen wir uns in der Nähe von Koblenz und starteten unsere Reise über den Flughafen Köln/Bonn zum Flughafen BER.

Nach einer Fahrt mit der S-Bahn und dem Check-in im zentral gelegenen Hotel, ging es nach einer Stärkung zu Fuß in Richtung Regierungsviertel, wobei ein obligatorischer Besuch im AMPELMANN-Shop und ein Gruppenfoto vor dem Brandenburger Tor natürlich nicht fehlen durfte.

Anschließend empfing uns Frau Heil im Paul-Löbe-Haus und stand uns eine Stunde lang für sämtliche Fragen Rede und Antwort.

Im Rahmen dieser sehr offenen und lockeren Gesprächsrunde erklärte uns Frau Heil ihre Funktionen innerhalb ihrer Mitgliedschaft in den Ausschüssen „Wohnen, Stadtentwicklung und Bauwesen sowie

Kommunen“ und „Inneres und Heimat.“ Sie erläuterte, wie und warum sie von der Kommunalpolitik in die Bundespolitik gewechselt ist.

Als Bundestagsabgeordnete für die Landkreise Mayen-Koblenz und Ahrweiler war auch die Ahrtaflut und die damit verbundene Einsatzbelastung der Polizei und anderer beteiligter Behörden sowie der nötige Wiederaufbau ein bestimmendes Thema.

Im Anschluss an die Gesprächsrunde folgte eine umfassende und sehr interessante Führung durch die Funktionsgebäude und den Deutschen Bundestag, welche durch unterirdische Wege und Gänge miteinander verbunden sind.

Hier wurden uns diverse Sitzungs-, Ausschuss- und Fraktionssäle, die Bundestagsbibliothek, diverse Kunstaustellungen, die ein oder andere

herausragende architektonische Leistung, aber auch vorhandene Dauerbaustellen gezeigt und ausgiebig erläutert.

Nach dieser sehr ansprechenden Führung begaben wir uns zurück in unser Hotel und starteten das gesellige Abendprogramm mit einem gemeinsamen Abendessen und einem wirklich gelungenen Tagesabschluss auf einer Rooftop-Bar mit Blick über Berlin-Mitte.

Am nächsten Tag ging es für uns, nach einer erholsamen, aber kurzen Nacht, direkt weiter zur DPolG-Fachtagung „Polizeiliche Verkehrsunfallaufnahme und automatisierte Verkehrsüberwachung“ im nahe gelegenen Hotel Aquino.

Nach der Eröffnung durch den Bundesvorsitzenden Herrn Rainer Wendt folgten ansprechende Präsentationen und Vorträge zu folgenden Themen:

- > Einführung von Verkehrsunfallaufnahmeteams in der Polizei Nordrhein-Westfalen
- > Aufarbeitung von Massenfällen einschließlich der Extraktion von digitalen Spuren aus Sicht eines Sachverständigen
- > Einsatzerfahrungen aus einem Busunglück auf der BAB 9 aus 2017
- > Herausforderungen bei der Verfolgung von Verkehrsordnungswidrigkeiten
- > Technische Möglichkeiten der automatisierten Überwachung von Gurt- und Handyverstößen
- > Herausforderung der automatisierten Überwachung von Gurt- und Handyverstößen in Deutschland
- > Überwachung des Schwerverkehrs während der Fahrt (Weight-In-Motion)
- > Semistationäre Abschnittskontrolle

Insbesondere die umfangreiche Datenerfassung moderner Fahrzeuge und die damit einhergehenden technischen Möglichkeiten für Sachverständige sowie die zukünftigen, aber auch bereits gegenwärtigen Möglichkeiten durch künstliche Intelligenz die polizeiliche Arbeit zu unterstützen, haben uns sehr beeindruckt.

Ganz besonders im Gedächtnis wird uns der Vortrag vom Kollegen PK Nicolas Weiß von der Bayerischen Polizei bleiben. Kollege Weiß schilderte uns das tragische Busunglück auf der BAB 9 bei Hof von 2017 >



mit insgesamt 18 Toten, welches er als erste Einsatzkraft vor Ort hautnah wahrgenommen hat. Anhand seines Erlebnisberichts aus erster Hand in Verbindung mit den Video- und Bildaufnahmen wurde uns die immense psychische Belastung für alle Einsatzkräfte bewusst. Auch der Einblick in die

durchgeführten Ermittlungen und die damit verbundene Rekonstruktion des Unglücks war für uns sehr beeindruckend.

Überwältigt von den beiden ereignisreichen Tagen, welche uns allgemein in den Bereichen Politik und Verkehrsrecht einen deutlichen Mehrwert gebracht

haben, ging es für uns am späten Nachmittag zurück in Richtung Koblenz.

Für uns steht fest: Die Veranstaltung war ein voller Erfolg und hat auch insbesondere uns als Kreisverband ein wesentliches Stück nähergebracht. Mit diesem Resümee haben wir

den festen Entschluss getroffen, bei der nächstmöglichen Gelegenheit erneut eine Delegation zu einer solchen Veranstaltung zu entsenden, um auch anderen Kollegen diese tolle Erfahrung zu ermöglichen.

Sven Schiffmann, DPolG Rheinland-Pfalz, KV Koblenz

25 Jahre DPolG-Stiftung – einmalig und unverzichtbar

Sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen,

am 16. Juni 2023 durfte ich an einem großartigen Jubiläum teilhaben. Auch Helfer brau-

chen Hilfe. Unter diesem Motto steht die herausragende Arbeit der Stiftung der Deut-

schen Polizeigewerkschaft. Es ist wohlgemerkt die einzige Stiftung einer Polizeigewerkschaft in dieser Form. An dem Festakt in Fall am See, südlich von Bad Tölz nahmen über 250 Gäste aus Politik, Polizei und Gesellschaft teil. Ich kann nur dazu aufrufen, durch eine Mitgliedschaft in der Deutschen Polizeigewerkschaft diese einmalige Einrichtung mit ihren Stiftungshäusern in einer traumhaften landschaftlichen Kulisse der Bayerischen Alpen zu unterstützen. Abgesehen



© DPolG Rheinland-Pfalz (2)

von dem wichtigsten Antrieb der Stiftung, verletzten und traumatisierten Polizistinnen und Polizisten einen erholsamen Aufenthalt zu bieten, gibt es die Möglichkeit, mit der eigenen Familie auch dort Urlaub machen zu können. Für eine gute Sache Mitglied werden. Auf geht's.



Beihilfe: Lange Bearbeitungszeiten beim Landesamt für Finanzen (Lff) Durchbruch gelungen!

Zehn zusätzliche Stellen in der Beihilfefestsetzungsstelle des Lff

Angestoßen durch einen Hinweis der DPolG vom Mai 2022, steht der dbb rheinland-pfalz seit über einem Jahr mit dem Ministerium der Finanzen in Kontakt, um die überlangen Bearbeitungszeiten der Beihilfe zu reduzieren.

- > 8. Juni 2022 Schreiben an Ministerium der Finanzen (FM) – Personalforderung
- > 24. Juni 2022 ablehnende Antwort der Ministerin
- > 28. September 2022 erneute Forderung nach mehr Personal und Abschlagszahlungen an FM

- > 11. Oktober 2022 ablehnende Antwort FM
- > 15. November 2022 erneute Forderung nach Personal und organisatorischen/verfahrensmäßigen Lösungen in einem Ministerratsgespräch
- > fachliche Auskunft FM: Die Produktivität eingesetzter EDV-Systeme wachse, gebraucht werde Geduld; Personalszuwachs sei weiterhin nicht geplant
- > 4. April 2023 erneute Forderung nach mehr Personal und entschiedenen Gegenmaßnahmen, diesmal an die Ministerpräsidentin

- > 26. Juni 2023 (!) Antwort aus der Staatskanzlei

Sehr kurz auf einen Nenner gebracht

„Nach wie vor ist die Bearbeitungssituation in der Beihilfestelle extrem angespannt. Die bisherigen Notmaßnahmen haben nicht zu einer Besserung geführt, ebenso hat sich die Hoffnung in eine neue Software nicht erfüllt.“

Endlich ist ein Sinneswandel eingetreten

„Um eine Verbesserung der Bearbeitungsdauer zu erreichen, wird nunmehr eine deutliche Erhöhung des Personalbestandes der Beihilfefestsetzungsstelle beim Lff um zehn Stellen angestrebt“, so Staatssekretär Kirsch. Die Landesregierung kommt somit unserer Forderung nach – spät, aber immerhin.

Dass es noch etwas dauert, bis der Personalszuwachs da ist und Wirkung zeigt, versteht sich von selbst angesichts der erforderlichen Personalakquise – so sie denn gelingt, bei der Bezahlung im öffentlichen Dienst.

DPolG – wir bleiben am Ball